

Presse-Information

15. Februar 2011



Entwicklungspolitischer Parteiencheck vor der Bürgerschaftswahl 2011

Faire Peanuts für Hamburgs Entwicklungspolitik?

Für viele Hamburger Parteien ist Entwicklungspolitik nur ein Sahnehäubchen

Das Eine Welt Netzwerk Hamburg (EWNW), der Dachverband entwicklungspolitischer Initiativen in Hamburg hat fünf Parteien zu zehn entwicklungspolitischen Punkten befragt. Denn Entwicklungspolitik wird nicht nur in Berlin gemacht, sondern ist auch Aufgabe der Bundesländer und Kommunen. Geantwortet haben alle bis auf die FDP, der das Thema offenbar nicht besonders am Herzen liegt.

Fast alle Aktivitäten der Politik und Verwaltung vor Ort haben entwicklungspolitische und globale Auswirkungen – sei es die Klimaerwärmung durch den Ausbau des Flughafens, der Umgang mit Flüchtlingen, sei es die Rüstungsproduktion oder der Kauf von Lebensmitteln, Behördencomputern und Uniformtextilien, bei deren Produktion es gilt, Arbeitsrechte und ökologische Standards einzuhalten.

„Die Idee von Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe für verschiedene Politikbereiche, die vor allem hier in Hamburg zu bewältigen ist, ist für einige Parteien immer noch keine Selbstverständlichkeit“, bedauert Anneheide von Biela. So bedeute für die CDU Entwicklungspolitik nach wie vor die finanzielle und technische Unterstützung von Projekten in den Ländern des Südens. Auch die Antworten der SPD tendierten zu dieser Sichtweise.

Erfreulich sei aber, dass alle Parteien entwicklungspolitische Expertise in ihre Politik einbinden wollen, zum Beispiel über den Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik, sagt von Biela. Auch gegenüber einem regelmäßigen entwicklungspolitischen Monitoring der Hamburger Politik zeigten sie sich aufgeschlossen. „Bisher fehlt eine Diskussion über die entwicklungspolitische Gesamtstrategie des Senats. Wir halten dies aber für eine Selbstverständlichkeit, schon allein um Transparenz zu erzeugen und Ansätze für ein kohärentes Vorgehen zu schaffen“, so die Geschäftsführerin des Eine Welt Netzwerks Hamburg. Oft mache leider die eine Hand genau das, was die andere zu verhindern suche.

„Die Fachkenntnisse und Leidenschaften bei den Parteien sind je nach Thema sehr unterschiedlich“, sagt von Biela. So habe die Links-Partei die Themen Flucht und Militarisierung sehr konkret beantwortet, die CDU dagegen beweise bei der Frage des Öffentlichen Einkaufs Sachkenntnis – auch wenn sie mit ihrer Definition problematischer Produktgruppen zu kurz greife und damit die Dimension des Themas verkenne. Die GAL steche beim Thema Postkolonialismus positiv hervor. Sie mache sich stark für einen zentralen Erinnerungsort sowie Lern- und Wanderpfade, die den deutschen Kolonialismus thematisieren sollen.

Viele Absichten allerdings bleiben sehr vage. Manche Anliegen des Eine Welt Netzwerks Hamburg teilen die Parteien im Prinzip - etwa die stärkere Einbeziehung von MigrantInnen-Organisationen. Allein die konkreten Schritte und Maßnahmen, wie diese umzusetzen sind, fehlen bedauerlicherweise an wichtigen Punkten.

Eine klare Absage an eine Grundförderung entwicklungspolitischer Initiativen erteilt die CDU. Auch die SPD macht in dieser Frage wenig Hoffnung. Nur die GAL hat erkannt, dass im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zivilgesellschaftliche Organisationen auch wieder institutionell unterstützt werden müssen, da nur eine verlässliche finanzielle Förderung Ressourcen frei legt, die für die konkrete Projekt- und Bildungsarbeit genutzt werden können. SPD, GAL und die LINKE unterstützen zwar die Forderung nach einer Erhöhung der entsprechenden Haushaltstitel. Doch mit dem Verweis auf die Haushaltslage machen die SPD und die GAL deutlich, dass ihre Prioritäten woanders liegen. **„Für viele Parteien ist Entwicklungspolitik offensichtlich nur ein Luxus, den man sich leisten kann, wenn gerade Geld da ist“, so von Biela.**

Schockiert ist das Netzwerk über so manche Aussagen der CDU. **Angesichts Lagerunterbringung, Abschiebehaft und Duldungen findet es die Behauptung zynisch, Hamburg sei „ein sicheres, lebenswertes und attraktives Zuhause für alle Generationen und in jeder Lebensphase“.** Auch dass sich die CDU wie die SPD dafür aussprechen, „gut integrierten“ Kindern und Jugendlichen eine Bleiberechtsperspektive zu ermöglichen, offenbart die Nützlichkeitsabwägungen, die nicht davor zurückschrecken, Kinder, die in engen Wohnungen oft nicht die besten Lernbedingungen haben, unter einen enormen Druck zu setzen. Denn dann hängt es allein von ihnen ab, ob sie oder sogar die ganze Familie bleiben dürfen.

Fast sprachlos machten von Biela die Aussagen der CDU, die Städtepartnerschaft mit Dar es Salaam sei „nicht durch Deutschlands Vergangenheit als Kolonialmacht belastet“. „Mit einer so naiven und verharmlosenden Sicht wird es schwierig, wenn nicht gar unmöglich, eine gleichberechtigte Partnerschaft zu gestalten“, so von Biela.

Das Netzwerk mit seinen fast 100 Mitgliedsgruppen sieht Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche. Sie betrifft alle Fragen, die sich mit der globalen Verflechtung unserer Lebensbereiche stellen, und reicht von der Bildungs-, Wirtschafts-, Kultur- und Umweltpolitik in Hamburg über die Auseinandersetzung mit Rassismus bis hin zur direkten Entwicklungszusammenarbeit mit PartnerInnen in Ländern des Südens und Nordens.

Neben dem Parteien CDU, GAL, SPD und der Linken haben sich auch fünf Kandidaten und Kandidatinnen der GAL, zwei der SPD und eine der Linkspartei die Mühe gemacht, sich mit den komplexen Fragen zu befassen.

Die Fragen des EWNW und **die kompletten Antworten der Parteien und KandidatInnen** stellt der Dachverband entwicklungspolitischer Initiativen auf der Website www.ewnw.de vor.

Auszüge der Parteien-Antworten finden Sie weiter unten.

Weitere Kommentare und Informationen: Anneheide von Biela, Telefon 040 -35 89 386

EWNW-Wahlcheck zur Bürgerschaftswahl 2011

Ausgewählte Antworten von CDU, SPD, GAL und Die Linke (FDP antwortete nicht)

Die Fragen des EWNW und die ausführlichen Antworten der Parteien und einzelner KandidatInnen finden Sie unter www.ewnw.de

► 1. Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe?

CDU: „Die Verbesserung der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklungspolitik ist derzeit ein Hauptanliegen für uns. Wir wollen, dass sich Hamburg an dem sog. „Atlas der Dezentralisierten Zusammenarbeit“, der vom Ausschuss der Regionen und der EU-Kommission gemeinsam entwickelt wurde, beteiligt. Der Atlas soll eines der Kernprobleme der Entwicklungszusammenarbeit lösen, nämlich die Koordination der Geber. (...) Ein entwicklungspolitisches Monitoring ist nur dann sinnvoll, wenn es kaum Kosten und keinen zusätzlichen Aufwand verursacht. Andernfalls soll dieses Geld lieber entwicklungspolitischen Projekten zugute kommen.“

FDP: -----

GAL: „Wir benötigen in Hamburg insgesamt ein starkes Engagement dafür, dass die entwicklungspolitischen Aufgaben in allen Politikbereichen konsequent mitgedacht werden. Unsere Bestrebung ist es, analog zum regelmäßigen Bericht des Hamburger Senats über seine europapolitischen Aktivitäten, einen Senatsbericht über das entwicklungspolitische Engagement der Stadt Hamburg zu etablieren, der ein Monitoring ermöglicht.“

SPD: „Ja, eine zusammenhängende Entwicklungspolitik ist im Rahmen der Hamburger Möglichkeiten erstrebenswert. Der CDU-geführte Senat hat hier in den vergangenen Jahren nie eine Linie erkennen lassen.“

Die Linke: „Die Zeiten, dass die Hamburger Selbstsucht Vorteile für die Stadt gebracht haben, sind vorbei. Die internationalen Verflechtungen verlangen gemeinsame Strategien und gemeinsames Handeln bei Strafe des Untergangs. Dementsprechend werden jene gesellschaftliche Lösungen gesucht werden müssen, die auf die internationalen Herausforderungen am besten reagieren.“

► 2. Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik?

CDU: „Die Mitglieder des Rates werden zwar für die Dauer der Legislaturperiode benannt. Das Gremium bleibt jedoch bestehen. Der Rat hat die Aufgabe, den Senat bei der Ausrichtung seiner Aktivitäten im Bereich Entwicklungspolitik fachlich zu beraten, insbesondere bezüglich der Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern und bei der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Hamburg. Der Senat gibt hier die Schwerpunkte seiner entwicklungspolitischen Arbeit vor und lässt sich vom Rat gezielt zu diesen Themen beraten.“

FDP: -----

GAL: „Die GAL möchte diesem wertvollen Gremium, dessen Mandat derzeit leider an die der Legislatur gekoppelt ist, verlässlichere Arbeitsstrukturen geben. Wir wünschen uns eine Fortführung der Arbeit des Gremiums und möglichst eine Beibehaltung der Besetzung. Der Rat hat bereits interessante Vorschläge erarbeitet, die weiterverfolgt werden sollen. Besonders vordringlich erscheint uns dabei auch die Aktualisierung der entwicklungspolitischen Leitlinien.“

SPD: „Ja, nach der Abschaffung dieses Rates durch den CDU-Senat im Jahr 2004 hatte sich die SPD stets für dessen Wiedereinführung eingesetzt – mit Erfolg. Die SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft hat auch deutlich gemacht, dass sie eine Kompetenz des Rates zur Formulierung entwicklungspolitischer Leitlinien sieht.“

Die Linke: „Der Rat muss selbstverständlich weiterarbeiten. Wir haben ihn schon in der letzten Legislatur kräftig unterstützt und sein Selbstbefassungsrecht gefordert. Nur ein selbstbewusster und eigenständiger Rat kann und wird wertvolle Impulse geben.“

► 3. Finanzielle Förderung?

► 3.1. Erhöhung der Haushaltsmittel für Entwicklungspolitik?

CDU: „Wir haben im Haushaltsentwurf 2011/12 den Titel für Städtepartnerschaften jährlich um 50.000 Euro aufgestockt. Eine gute konzeptionelle Arbeit mit konkreten Projekten im Sinne einer kohärenten Zusammenarbeit ist entscheidend. Durch eine gute und fruchtbare Zusammenarbeit mit unseren entwicklungspolitischen Partner, wie beispielsweise mit León in Nicaragua oder Dar es Saalam in Tansania, können konkrete Projekte durch Know-How- und Technologietransfer auf zahlreichen Gebieten auch vor Ort umgesetzt werden, z.B. in Bereichen Feuerwehr, Wasserwirtschaft, Gesundheitsversorgung, Schulen, Hochschulen, etc.“

FDP: -----

GAL: „Ja. Eine moderate Erhöhung des Titelansatzes für Entwicklungszusammenarbeit erscheint uns insgesamt geboten, sofern die haushaltspolitische Lage das zulässt. Mit der Titelerhöhung für Städtepartnerschaften im Zuge der Städtepartnerschaftsschließung mit Dar es Salaam wurde zudem schon eine spürbare Anhebung vorgenommen, die auch eine Entlastung des Titels für Entwicklungszusammenarbeit nach sich ziehen wird. Bisher sind die Projekte mit Dar es Salaam aus dem Titel für Entwicklungszusammenarbeit gezahlt worden.“

SPD: „Der Haushaltsplanentwurf 2011/2012 des gescheiterten CDU/GAL-Senats wurde nicht mehr beraten und den vorherigen Haushaltsplänen der CDU-geführten Senate hat die Bürgerschaftsfraktion der SPD nicht zugestimmt. Wie können aber derzeit noch nicht sagen, wie ein neuer Haushalt aussieht. Wir befürchten, dass alles noch viel schlimmer ist, als bekannt. Es wäre daher zum jetzigen Zeitpunkt unseriös, Aussagen zu machen, die später nicht eingehalten werden können.“

Die Linke: „Die Entwicklungszusammenarbeit hat nicht nur direkt für die internationale Zusammenarbeit gesorgt, sondern auch etlichen Jugendlichen die Chance gegeben, internationale Erfahrungen zu sammeln. Die Stärkung dessen muss eine vornehme Aufgabe in einer Stadt wie Hamburg sein. Zusätzlich gibt es hier massenweise ehrenamtliche Unterstützung, die aber nur strukturiert und gebündelt werden kann bei professioneller Zuarbeit. Daher müssen die Titel wieder aufgestockt werden.“

► 3.2. Grundfinanzierung entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen?

CDU: „Wir setzen auf eine projektbezogene Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen. Die Projekte werden selbstverständlich mit einer angemessenen Finanzierung ausgestattet.“

FDP: -----

GAL: „Ja. Die GAL hat in ihr Wahlprogramm mit aufgenommen, dass im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zivilgesellschaftliche Organisationen auch wieder institutionell unterstützt werden sollen. Eine verlässliche finanzielle Förderung seitens der Stadt legt Ressourcen frei, die letztlich für die konkrete Projekt- und Bildungsarbeit genutzt werden können. Außerdem wollen wir mit der Wiedereinführung der so genannten Kleinstmittelförderung der Stadt wieder die Möglichkeit geben, kleinere entwicklungspolitische Initiativen in ihre Förderung mit aufzunehmen.“

SPD: „Ob eine institutionelle Förderung geboten ist, werden wir im Einzelfall beraten und entscheiden.“

Die Linke: „...und es braucht auch institutionelle Förderung.“

► 4. Rolle der Zivilgesellschaft und Förderung von MigrantInnen-Organisationen?

CDU: „Hamburg ist ein sicheres, lebenswertes und attraktives Zuhause für alle Generationen und in jeder Lebensphase. Hamburg soll für alle Menschen, die hier leben, ihr Heimathafen sein. (...) Wir wollen ehrenamtliches Engagement unterstützen, indem wir auch mehr Zuwanderer für die ehrenamtliche Arbeit gewinnen und die Mitarbeit von MigrantInnenorganisationen fördern. Anders als die SPD wollen wir die Leitstelle für Integration und Zivilgesellschaft (LIZ) in der Sozialbehörde erhalten. Die Leitstelle ist ein wichtiger Partner der Zivilgesellschaft.“

FDP: -----

GAL: „Unserer Ansicht nach ist die Förderung der migrantisch-diasporischen Selbstorganisationen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit durch eine nachhaltige und behördenübergreifende Haushaltsdisziplin, der Wiedereinführung der Kleinstmittelförderung und eine moderate Anhebung des Titels für Entwicklungszusammenarbeit finanzierbar.“

SPD: „Mit einem SPD-geführten Senat werden Migrantinnen und Migranten und ihre Selbstorganisationen als Expertinnen und Experten in eigener Sache in entwicklungspolitische Initiativen eingebunden.“

Die Linke: „Es ist eine besondere Chance für Hamburg, aber auch eine Herausforderung, so viele Menschen mit migrantischen Wurzeln zu haben. Daher kann die Arbeit der verschiedensten Vereine nicht hoch genug eingeschätzt werden. Aber auch diese Arbeit wird nur richtig organisiert werden können und richtig zu Geltung kommen, wenn sie institutionell abgesichert wird.“

► 5. Globales Lernen / Bildung für nachhaltige Entwicklung?

CDU: „Ja. Die CDU hält es für notwendig, die Bildung für nachhaltige Entwicklung zu fördern.“

FDP: -----

GAL: „Die Erhöhung der bestehenden Grundförderung der open school 21 wird dabei insbesondere in den Blick zu nehmen sein, wollen wir doch, dass das Projekt den wachsenden Bedarf an außerschulischen Angeboten im Bereich „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ nachkommen kann.“

SPD: „Ja, Hamburg leistet mit der Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ einen wichtigen Beitrag im Rahmen der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung““.

Die Linke: -

► 6. Flüchtlinge?

CDU: „Die Ursachen, die in den Heimatländern liegen und zu illegalen Einwanderungen führen, lassen sich nicht mit Gleichberechtigung und mehr Rechten und Lebensperspektiven für sich illegal in Hamburg aufhaltende Personen bekämpfen. Es kann nicht die Aufgabe Hamburgs sein, Menschen aus aller Welt gesicherte Lebensumstände und Entfaltungsmöglichkeiten zu geben. Hingegen hat sich Hamburg dafür ausgesprochen, gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden eine eigene gesicherte Aufenthaltsperspektive zu eröffnen.“

FDP: -----

GAL: „Die Beschränkungen durch öffentliche Unterbringung und Residenzpflicht müssen abgeschafft werden. Die Unterbringung von Flüchtlingen in Nossdorf/Horst wollen wir beenden. Abschiebungen und Abschiebehaft sind traumatische Erlebnisse. Wo wir sie politisch nicht verhindern können, müssen höhere Mindestanforderungen als bisher gelten. Besonders schutzbedürftige Gruppen wie Minderjährige, Schwangere, Kranke und Alte sollen nicht in Abschiebehaft genommen werden.“

SPD: „Wir möchten denjenigen Flüchtlingen eine echte Chance geben, die sich anstrengen, aus eigener Kraft in unserer Gesellschaft zurechtzukommen. Insbesondere gut integrierte Kinder und Jugendliche müssen eine reale Bleiberechtsperspektive erhalten, unabhängig vom Aufenthaltsstatus ihrer Eltern. (...) Eine vollständige Gleichberechtigung papierloser Menschen kann es aber nicht geben. Denn das würde bedeuten, jedem, der es mit illegalen Mitteln schafft, in unser Land zu gelangen oder hier zu bleiben, die gleiche Unterstützung zu gewähren wie denjenigen, die sich an die Gesetze halten.“

Die Linke: „Ja, die LINKE setzt sich energisch dafür ein, dass Menschen, die vor Folter, Verfolgung, Krieg, Hunger und Naturkatastrophen aus ihren Herkunftsländer geflohen sind, in Hamburg Zuflucht finden. Es ist zynisch und menschenverachtend, wie Flüchtlinge, die erschöpft und teilweise traumatisiert nach Hamburg kommen, aktuell behandelt werden. Die LINKE fordert die Abschaffung aller rassistischen Sondergesetze für Flüchtlinge (insbesondere auf Bundesebene die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und die Residenzpflicht) und ein grundlegendes Umsteuern in der Flüchtlings- und Asylpolitik. (...) Es ist nicht hinnehmbar, dass minderjährige unbegleitete Flüchtlinge, wie in Hamburg lange Zeit üblich, anstatt vom Jugendamt in Obhut genommen zu werden, älter gemacht und auf andere Bundesländer umverteilt werden.(...)“

Ein weiteres gravierendes Problem ist die Lagerunterbringung von Flüchtlingen. Die LINKE fordert mit ihrem Antrag (Drs. 19/7658), die Unterbringung Hamburger Flüchtlinge in Nostorf/ Horst sofort zu beenden und generell von der Unterbringung in Lagern abzusehen und stattdessen Wohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen bereit zu stellen. Die LINKE setzt sich für eine großzügige Bleiberechtsregelung ein. Mit der Drucksache 19/7657 fordert die LINKE allen Kindern unabhängig von deren Integrationsfortschritten und dem Grad ihrer Integration einen gesicherten Aufenthaltsstatus zu gewähren und allen Familien mit Kindern, die seit drei Jahren in Hamburg leben und geduldet sind, ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu erteilen. Die LINKE wendet sich damit gegen jegliche Form des Nützlichkeitsrassismus und will erreichen, dass Aufenthaltserlaubnisse als wirksames Mittel zur Integration genutzt werden anstatt als Belohnung für erbrachte Integrationsleistungen.“

► 7. Militarisierung?

CDU: „Rüstungsexporte sind ein sehr sensibles Thema, denn neben Frankreich, Großbritannien und Spanien gehört auch Deutschland zu den wichtigsten Waffenexporteuren. Auch Rüstung ist hierzulande ein gewichtiger Wirtschaftsfaktor. Ein gemeinsames Ziel der europäischen Länder lautet daher: die Empfänger von Rüstungsgütern müssen die Menschenrechte achten.“

FDP: -----

GAL: „Hamburg ist auf grüne Initiative hin Mitglied der internationalen Nichtregierungsorganisation „Mayors for Peace“ geworden. Das Städtenetzwerk ist eine breite Bewegung gegen Rüstung und für den Frieden. Die Grünen setzen sich darüber hinaus für ein wasserdichtes internationales Waffenhandelsabkommen ein, um den unmenschlichen Kreislauf von Krieg, Waffen und Gewalt in vielen Regionen dieser Welt endlich zu durchbrechen.“

SPD: „Wir halten es nicht für problematisch, wenn deutsche Firmen Rüstungsgüter an Nato-Partner-Länder liefern. Bei Exporten außerhalb des Bündnisses muss allerdings genauer hingeschaut werden. Konkrete Initiativen auf Hamburger Ebene sind derzeit nicht geplant.“

Die Linke: „Wir sind der Meinung, dass sich die Militarisierung der deutschen Gesellschaft und vor allem auch Hamburgs nicht nur auf die Rüstung beschränkt und konkrete Initiativen gegen sie daher auf mehreren Ebenen ergriffen werden müssen.“

Die Bundeswehr bereitet im Rahmen der zivilmilitärischen Zusammenarbeit u.a. den Einsatz im Inneren vor, z.B. auch gegen Sozialproteste wie in Heiligendamm beim G8-Gipfel oder letztes Jahr bei den Anti-Castor-Protesten im Wendland. (...) Die Förderung von Reservistenverbänden gehört ebenso zur Militarisierung im Inneren wie auch die Präsenz der Bundeswehr bei öffentlichen Veranstaltungen, etwa beim Hafengeburtstag oder bei Empfängen im Rathaus. DIE LINKE unterstützt Proteste gegen diese Entwicklungen.

Ein neuerdings wieder bedeutsamerer Trend zeichnet sich vor allem im Bildungsbereich ab. Die Bundeswehr verfolgt seit einigen Jahren vor allem das Ziel, stärker an Schulen und Hochschulen auftreten zu können und Einfluss auf junge Menschen zu gewinnen. Daher hat

sie bereits in acht Bundesländern eine Kooperationsvereinbarung mit den jeweiligen Kultusministerien geschlossen, die ihr nicht nur den Zugang zu Jugendlichen garantiert, sondern ihr auch die Möglichkeit gibt, Schulmaterialien zu gestalten, die Ausbildung der Lehrer zu beeinflussen und anderes mehr. DIE LINKE lehnt eine solche Vereinbarung ab und will sich dafür einsetzen, dass die Schulen frei von Militärs werden.

Für die Hochschulen gilt dasselbe. (...)

Die Rüstungsindustrie ist in Hamburg stark. Mit ThyssenKrupp Marine Systems, der Mutterfirma von Blohm+Voss, und Airbus, das zu Europas größtem Raum- und Luftfahrtunternehmen EADS gehört, sind zwei Global Player der Rüstungsindustrie in Hamburg angesiedelt. Neben diesen gibt es aber auch noch zahlreiche andere Betriebe, die die meisten Hamburgerinnen und Hamburger gar nicht kennen, die aber für die Rüstungsproduktion nicht unerheblich sind. Zum Beispiel hat eine Sparte von Krauss-Maffei Wegmann ihren Sitz in Hamburg. Insgesamt befinden sich rund 100 Unternehmen der Rüstungsbranche in Hamburg.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass aus der Rüstungsstadt Hamburg, von der aus Kriegsparteien in der ganzen Welt mit Waffen und anderem militärischem Gerät ausgestattet werden, eine Stadt des Friedens wird. Das ist nur möglich, indem die Stadt erstens einen Bericht anfertigt, der die Rüstungsproduktion sowie den Im- und Export von Rüstungsgütern genau dokumentiert, indem sie zweitens den Im- und Export von Rüstungsgütern untersagt und drittens die Rüstungsindustrie enteignet, um die Betriebe auf zivile Produktion umzustellen.“

► 8. Postkolonialismus?

CDU: „Während der Kolonialzeit war Daressalam Sitz der deutschen Kolonialverwaltung im damaligen „Deutsch-Ostafrika“. Es lässt sich nicht leugnen, dass bei allen Problemen von Gesinnung und Absicht der damaligen Zeit, die Kontakte der Menschen unserer beiden Städte ihren Ursprung in der Kolonialzeit haben.

Die Partnerschaft ist jedoch nicht durch Deutschlands Vergangenheit als Kolonialmacht belastet. Im Gegenteil: Man kann mit unseren afrikanischen Partnern unvoreingenommen über diese Zeit reden, viele freuen sich über die Bande zu Deutschland und sehen unser Land als Vorbild.“

FDP: -----

GAL: „Die GAL will, dass sich die Stadt systematisch ihrer Kolonialvergangenheit stellt und diese aufarbeitet. Ziel dieses Prozesses könnte ein zentraler Erinnerungsort in der Stadt sein, der Kolonialismus und damit die Kehrseiten des aufstrebenden Hafens im ausgehenden 19. Jahrhundert thematisiert. Die kolonialen Spuren dieser Stadt sind zahlreich, denkbar wäre auch ein ständiger Lern- und Wanderpfad durch die Speicherstadt und die HafenCity.“

SPD: „Will Hamburg sich der historischen Verantwortung stellen, gebietet es der Respekt gegenüber den Opfern, dass in Verbindung von künstlerischer, geschichtswissenschaftlicher und musealer Darstellung umfassend über alle Aspekte des kolonialen Erbes früher und heute informiert wird und Diskussionsmöglichkeiten geschaffen werden. (...) Die Entwicklung eines gesamtstädtischen postkolonialen Erinnerungskonzepts ist dabei erstrebenswert.“

Die Linke: „Gerade auch im Zusammenhang mit der Städtepartnerschaft zu Dar-Es-Salaam wird dieses Thema noch einmal verstärkt auf die Tagesordnung zu setzen sein. Die Initiative in Wandsbek, die Straßennamen umzunennen, ist ein erster guter Schritt. Er war und ist möglich durch eine kräftige Initiative vor Ort, die sich dieses Themas angenommen hat. Solche Initiative in anderen Bezirken und Gesamthamburg wären eine gute Grundlage für eine erfolgreiche Debatte in der Hamburgischen Bürgerschaft.“

► 9.1. Sozialgerechter Öffentlicher Einkauf der Stadt Hamburg?

CDU: „Wenn die Auswirkungen der gesetzlichen Regelung als bislang wenig spürbar empfunden werden, liegt dies nach unserer Einschätzung insbesondere daran, dass nur in vergleichsweise geringem Umfang 'kritische' Produkte beschafft werden. Der weit überwiegende Teil betrifft ein Warenspektrum, das nicht mit den angesprochenen Problemfeldern in Verbindung gebracht wird. Bei IT-Beschaffungen finden die ILO-Kernarbeitsnormen bereits in den Ausschreibungsunterlagen Berücksichtigung. Nach unserem Kenntnisstand sieht der IT-Dienstleister Dataport vor, die entsprechenden Vorgaben für künftige Ausschreibungen weiter zu optimieren.“

FDP: -----

GAL: „Die GAL möchte das Hamburgische Vergabegesetz (HmbVgG) weiterentwickeln und konsequent zur Anwendung bringen. Zum einen müssen weitere Produktgruppen, insbesondere IT-Bereiche, mit einbezogen werden. Desweiteren wollen wir eine regelmäßige Bewertung über die sogenannten kritischen Produktgruppen und verlässlichen Zertifikate. Zudem wollen wir eine Modernisierung des Vergabesystems, die der Stadt die vergaberechtliche Beschaffung aus einer Hand ermöglicht.“

SPD: „Ja, die Stadt Hamburg muss ihrer Vorbildfunktion gerecht sein. (...) Selbstverständlich werden wir die Zentralen Beschaffungsstellen in den Hamburger Behörden dazu anhalten, das Gesetz anzuwenden und seine Wirksamkeit zu überprüfen. Schwierig ist, dass es bisher keine verbindlichen Zertifizierungen gibt, sondern die Unbedenklichkeitsbescheinigungen fast ausschließlich über Selbstverpflichtungen der Unternehmen erfolgen. Zertifizierungen müssen auf Bundesebene voran gebracht werden und es bedarf wirksamer Kontrollen. Die einzelnen Produktgruppen sind nicht im Gesetz selbst aufgeführt, sondern in ergänzenden Vertragsbedingungen. Die Liste der Produktgruppen erscheint uns durchaus unzureichend und muss ggf. ergänzt werden.“

Die Linke: „Ich halte die Vergaberichtlinien der Stadt für ein kräftiges Mittel, um in die Gesellschaft zu wirken. Die Nachfragemacht der Stadt kann nicht nur für fairtrade, sondern ebenso für regionale Produkte und gute Arbeitsbedingungen lokal und international wirken. Dafür gibt es etliche Städte, die hier weiter sind als Hamburg.“

► 9.2. Wann und für welches Produkt erwarten Sie die erste Ausschreibung größeren Ausmaßes, bei dem soziale und ökologische Kriterien ausdrücklich Berücksichtigung finden?

CDU: „Produkte, bei denen Umweltauforderungen berücksichtigt werden können, entsprechen nicht immer den Produkten, bei denen die sozialen Anforderungen eine Rolle spielen. Deshalb werden nachfolgend beispielhaft geplante Ausschreibungen genannt, bei denen Sozial- oder Umweltauforderungen voraussichtlich eine besondere Rolle spielen werden:

ILO-Kernarbeitsnormen:

- Ausschreibungen Vorhangstoffe und Auslegware
- Ausschreibung Reifen
- Ausschreibung Objektmöbel (Polsterstühle)

Umweltauforderungen (Schadstoffklassen, blauer Engel, Energielabel):

- Ausschreibungen Kfz (Kauf/Leasing)
- Ausschreibungen Bürobedarfsartikel, Recyclingpapier (Kopier-/Hygienepapier)
- Ausschreibung Kopiergeräte“

FDP: -

GAL: „Die rechtlichen Grundlagen für eine solche Ausschreibung sind geschaffen.“

SPD: -

Die Linke: -

► 10. Herzenssachen in der Hamburger Entwicklungspolitik?

CDU: „Der CDU ist die Verbesserung einer ganzheitlichen Entwicklungszusammenarbeit ein besonderes Anliegen.“

FDP: -----

GAL: „Die GAL wird sich auch in Zukunft mit Engagement der entwicklungspolitischen Szene der Stadt widmen. Ob Wirtschaft, Umwelt, Bildung, Kultur oder Migration: Hamburg muss in seiner Entwicklungspolitik und mit seinen Städtepartnern mehr tun. Eine Weiterentwicklung Hamburgs zur fairen Handelsstadt gehört dazu ebenso wie die Stärkung des Rates für Nachhaltigkeit und Entwicklungspolitik.“

SPD: „Der SPD will Entwicklungsländer dahingehend unterstützen, zu demokratischen Ländern mit Bildung, Gerechtigkeit und nachhaltigem Wohlstand zu werden. Es gibt aber auch hier eine Arbeitsteilung und auch hier kann der Staat es allein nicht richten. Von daher sind wir allen denen, die sich hier engagieren, sehr dankbar.“

Die Linke: „Ich halte die Auseinandersetzung um fairtrade für besonders wichtig. Außerdem ist die weitere Entwicklung und Pflege der Städtepartnerschaften bedeutend. Ich hielte es für ein neues gutes Zeichen nach der Städtepartnerschaft mit Dar-Es-Salaam engere Beziehungen zu einer Stadt aufzunehmen aus der viele der Menschen mit migrantischem Hintergrund in Hamburg kommen. Eine Idee dafür wäre Diyarbakir bzw. Amed in der Türkei.“